

Tagungsbericht

1:1? 20 Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

Podiumsdiskussion in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Kronenstr. 5, 10117 Berlin, 24. Juni 2010, 19 Uhr

Die Friedliche Revolution von 1989 beseitigte nicht nur die Alleinherrschaft der SED und öffnete den Weg zur Deutschen Einheit, sondern führte zugleich zu einer ökonomischen Revolution im Osten Deutschlands. Der staatlichen Einheit ging die Angleichung des Währungs, Wirtschafts- und Sozialsystems der DDR an das der Bundesrepublik voraus. Ab dem 1. Juli 1990, gerade einmal sechs Monate nachdem die SED zum Verzicht auf ihren verfassungsmäßigen Führungsanspruch gezwungen worden war, wurde die D-Mark als offizielles Zahlungsmittel in der DDR eingeführt. Mit der „harten“ Mark, die seit Jahrzehnten als Parallelwährung auch jenseits der Mauer im Umlauf war, konnten die DDR-Bürger nun auch in Gera und Neubrandenburg die begehrten West-Waren erstehen.

Am 24. Juni 2010 hatte die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vier Experten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft geladen, die aus persönlichem Erleben und wissenschaftlicher Distanz zu einem durchaus zwiespältigen Urteil über die Erfolge und Misserfolge des finanziellen und ökonomischen Umbruchs in der DDR kamen: Bernd-Richard Meyer (Unternehmer), Karl-Heinz Paqué (Wirtschaftswissenschaftler), Thilo Sarrazin (Deutsche Bank) und Ursula Weidenfeld (Wirtschaftsjournalistin).

„Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir“ hatten die Demonstranten bald nach dem Mauerfall gerufen, erinnerte Dr. Anna Kaminsky, die Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung, in ihrer Begrüßungsrede. Damit hatte das Volk auf der Straße die Forderung nach einer Angleichung der Lebensverhältnisse an diejenigen der Bundesrepublik erhoben und zugleich eine Drohung ausgesprochen – die Drohung, die DDR zu verlassen, wenn diese Angleichung nicht schnell vollzogen würde. Mit der Einführung der D-Mark einher ging der radikale Umbau des ostdeutschen Wirtschaftssystems, so Kaminsky weiter. Die Hoffnungen auf „blühende Landschaften“ zerschlugen sich schnell, die Treuhandanstalt erschien manchen als übereifriger Totengräber der Planwirtschaft, der zerschlug, was vielleicht noch zu retten gewesen wäre. Anna Kaminsky erinnerte auch an das Wort Lothar de Maizière: Es seien in der DDR vor 1990 zwar etliche Bücher verfasst worden, die den Übergang von der Markt- zur Planwirtschaft beschrieben, aber keines, das als Anleitung für den umgekehrten Weg zu gebrauchen gewesen wäre.

Die Diskussion, die von Marie Sagenschneider (Deutschlandradio Kultur) moderiert wurde, lief schnell auf zwei Kernfragen zu: Musste die Angleichung des ostdeutschen Wirtschaftssystems an das westliche Modell so vollzogen werden, wie sie vollzogen wurde? Und war die Einführung der Marktwirtschaft eine Erfolgsgeschichte oder nicht? Thilo Sarrazin, heute Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, damals unter Horst Köh-

ler im Bundesfinanzministerium maßgeblich an der Vorbereitung der Währungsunion beteiligt, erklärte ebenso wie Karl-Heinz Paqué, Wirtschaftswissenschaftler und bis 2006 Finanzminister von Sachsen-Anhalt, dass es keinerlei Alternative zum schnellen und radikalen Umbau der DDR-Wirtschaft gegeben habe. Sarrazin, der seine gedankliche Urhebererschaft für die bundesdeutsche Strategie der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion reklamierte, beschrieb, dass die Bundesregierung zum raschen Handeln gezwungen gewesen sei. Andernfalls wären zehntausende Ostdeutsche in die Bundesrepublik abgewandert und hätten die dortigen Sozialsysteme an die Grenzen ihrer Belastbarkeit geführt. Dass viele Ostdeutsche sich dann vom Tempo der Entwicklung und des wirtschaftlichen Umbaus überrollt gefühlt hätten, sei unvermeidlich gewesen. Ebenso unvermeidlich – allerdings aus politischen, nicht aus ökonomischen Beweggründen – sei der Umtauschkurs von 1:1 gewesen. Den Einwand der Wirtschaftsjournalistin Ursula Weidenfeld, die 1989 mit einer Dissertation über die Einführung der Marktwirtschaft in der frühen Bundesrepublik promoviert wurde, dass dieser Wechselkurs zum Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft beigetragen habe, mochte Sarrazin nicht gelten lassen. „Die DDR-Wirtschaft wäre bei jedem Wechselkurs zusammengebrochen“ erklärte der Finanzexperte. Die Maschinen in vielen Betrieben seien nur noch „Edelschrott“ gewesen. Viele ostdeutsche Produkte wären auch bei einem Wechselkurs von 1:3 nicht mehr konkurrenzfähig gewesen. Als dann noch die Absatzmärkte im RGW wegbrachen nachdem für die DDR-Produkte nun in Devisen gezahlt werden sollte, „war die Messe gesungen“, konstatierte Sarrazin. Die „fast komplette Deindustrialisierung“ der DDR, stimmte Karl-Heinz Paqué zu, sei aufgrund des technologischen Rückstands und der mangelnden Innovationsfähigkeit der Betriebe unvermeidbar gewesen. Jedes für die DDR-Bürger ungünstigere Umtauschverhältnis hätte zudem wiederum dazu geführt, dass die Ostdeutschen ihre Heimat verlassen hätten und in den ökonomisch attraktiveren Westen gezogen wären, so Sarrazin weiter. „Alles, was laufen konnte, wäre in den Westen gegangen“, erklärte der ehemalige Berliner Finanzsenator. Auch die instabile politische Lage in der Sowjetunion zu einem Zeitpunkt, an dem die 2+4-Gespräche noch nicht zum Abschluss gebracht worden waren, ließ die Eile geboten scheinen.

Dem entgegen hielt Ursula Weidenfeld, dass die West-Wanderung der Ostdeutschen bis heute nicht gestoppt werden konnte. Zwei Millionen Menschen seien nach 1990 in den Westen gegangen; Subventionen in Höhe von 1,6 Billionen Euro hätten nur an wenigen Wachstumsstandorten einen überschaubaren Belegungseffekt erzeugen können. Kein einziges Großunternehmen habe seine Firmenzentrale nach Ostdeutschland verlegt. „Insgesamt kann man das nicht als Erfolg bezeichnen“, so Weidenfeld weiter. Sie erkenne zwar im Rückblick die Handlungszwänge, die 1990 das wirtschafts- und finanzpolitische Handeln bestimmten, dennoch hätten die Verantwortlichen mehr Sorgfalt bei der Überleitung der maroden Plan- in die Marktwirtschaft walten lassen sollen. Die Bundesregierung habe keine realistischen Konzepte gehabt, 1990 seien zu viele Menschen „besoffen vor Glück gewesen“ und hätten die Kosten des Einigungsprozesses nicht sehen wollen. Dieser Einschätzung stimmten Sarrazin und Paqué durchaus mit einigen Abstrichen zu. Die absehbaren harten Einschnitte im ostdeutschen Wirtschaftssystem seien 1990 auch aus psychologischen Gründen verschwiegen worden, so Paqué. Und auch Thilo Sarrazin sah die steigende Arbeitslosigkeit und den riesigen Investiti-

onsbedarf voraus. Aber all diese negativen Begleiterscheinungen seien unvermeidbar gewesen. Lediglich zwei Dinge würde er heute anders machen, so Sarrazin selbstkritisch: Zum einen hätte er nach der Währungsunion einen einjährigen Lohnstopp im Osten durchgesetzt, um die Produktionskosten gering zu halten, zum anderen hätte er die Restitutionsregelungen, die sich bald als „Investitionsbremse“ erwiesen hätten, anders gestaltet. „Es passierten im Detail extrem viele Fehler“, räumte Sarrazin ein, insgesamt aber sei die Entwicklung „alternativlos“ gewesen.

Bernd-Richard Meyer, Geschäftsführer und Mitinhaber des mittelständischen Konser-
venherstellers Jütro GmbH aus dem brandenburgischen Jüterbog, mochte der These von der alternativlosen Rosskur für die ostdeutsche Wirtschaft ebenso wie Ursula Weidenfeld nicht zustimmen. Meyer, der im April 1990 seinen 1972 Jahre verstaatlichten Betrieb reprivatisierte, erklärte, dass nicht zuletzt das fehlende Interesse der bundesdeutschen Wirtschaft an der Stärkung der ostdeutschen Wirtschaft zu deren Zusammenbruch beigetragen habe. Der Westen habe den Osten auch in ökonomischer Hinsicht bevormundet. Die Währungsunion – Meyer zufolge eine „Notgeburt“ – sei so schnell gekommen, dass kaum Vorbereitungszeit blieb. Dennoch habe er es im Gegensatz zu vielen anderen Betrieben geschafft, die Währungsumstellung ohne gravierende Umsatzeinbrüche zu überstehen. Bald belieferte Jütro die westdeutschen Handelsketten Spar und Tengelmann. Wohl auch seinem Idealismus verdankte der tatkräftige Meyer seinen Erfolg in der Marktwirtschaft. „Für mich war das Wichtigste, dass an meinem Unternehmen nicht mehr VEB, sondern Meyer dransteht.“

Thilo Sarrazin stimmte Meyers Urteil über die aggressive Expansion bundesdeutscher Unternehmen auf den ostdeutschen Markt zu. „Marktwirtschaft ist nicht nett. Das ist ein Rattenrennen.“ Und auch für die Machtverhältnisse zwischen Ost und West im Jahr 1990 fand Sarrazin klare Worte: „Sie haben Recht, es war ein Anschluss.“ Allerdings müsse, wer heute die negativen Begleitumstände der Währungs- und Wirtschaftsunion als Beleg für deren teilweises Scheitern ins Feld führe, einmal den Blick nach Osten lenken. Verglichen mit Polen oder Tschechien stehe die ostdeutsche Wirtschaft heute durchaus solide da. Noch heute, pflichtete Karl-Heinz Paqué bei, sei die Arbeitsproduktivität in diesen ehemaligen RGW-Staaten deutlich geringer als in Ostdeutschland. Die ostdeutsche Wirtschaft sei zwar klein, so Sarrazin, wachse aber schneller als die westdeutsche. Am Standort Bitterfeld – einst Synonym für die ökonomische und ökologische Katastrophe in der DDR – haben sich mittlerweile zukunftsweisende Branchen wie die Solarindustrie angesiedelt.

Während Sarrazin und Paqué die Alternativlosigkeit der Entwicklung betonten und zu einem insgesamt positiven Urteil über die langfristigen Folgen des Wirtschaftsumbaus in der (ehemaligen) DDR und des Wirkens der Treuhandanstalt kamen, bezweifelten Ursula Weidenfeld und Bernd-Richard Meyer die Zwangsläufigkeit des historischen Prozesses und beurteilten die Erfolge des ökonomischen Wandels weitaus zurückhaltender. Das Urteil blieb gespalten – am Ende stand es auch auf dem Podium 1:1.

Andreas Stirn